

Aus dem Hauptausschuss



Noch nach der Sitzung diskutierten die CDU-Vertreter im Hauptausschuss mit dem Landrat. V. l. n. r.: Landrat Oliver Stolz, Britta Krey, Burkhard E. Tiemann, Manfred Kannenbäumer, Ortwin Schmidt (Michael Kissig fehlt auf dem Foto).

Ganz langsam bereitet der Kreistag sich auf die ersten Höhepunkte eines spannenden und ereignisreichen Jahres vor. Doppelhaushalt und Landratswahl werfen erste Schatten voraus. Im Januar ging es noch verhalten los. Die erste Kreistagssitzung wird erst am 12. Februar sein.

In diesem NewsLetter werden wir über die Arbeit in den Ausschüssen berichten. Im Hauptausschuss hatte die Verwaltung nach Anfrage des Kreisfeuerwehrverbandes beantragt, die Aufgaben des Datenschutzbeauftragten für diesen übernehmen zu dürfen. Dafür sei eine Stelle mit 25 Wochenstunden zu schaffen. Hintergrund dafür sei die Verpflichtung aus der EU-Datenschutzverordnung, die auch für den Kreisfeuerwehrverband bindend sei. Gleichzeitig würde durch die Einrichtung der Teilzeitstelle eine sinnvolle Vertretungsregelung für den Datenschutzbeauftragten des Kreises geschaffen werden. Würde dieser erkranken oder in Urlaub gehen, gebe es ohne eine solche Stelle keinen Ansprechpartner in Sachen Datenschutz, in Zeiten wachsender Sensibilisierung für das Thema auch in der Außenwirkung kein besonders gutes Signal.

Der Hauptausschuss zeigte sich geneigt, die Bitte des Kreisfeuerwehrverbandes zu unterstützen. Allerdings gebe es noch eine Reihe von Problematiken, die vor einer Entscheidungsfindung gelöst werden müssten. Insbesondere die Fragen der Erstattung der Leistung und ob neben dem Kreisfeuerwehrverband es noch andere Bedarfsträger gebe, die die Leistungen des Kreises in Sachen Datenschutz in Anspruch nehmen könnten, müssten vor einer endgültigen Beschlussfassung noch geklärt werden. Der Hauptausschuss hat das Thema auf die kommende Sitzung vertagt.

Zum Konzept zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle gab es eine Mitteilung über den Stand der Umsetzung. Mit der Gemeinde Rellingen, den Städten Pinneberg und Barmstedt sowie dem Amt Hörnerkirchen seien mittlerweile Verträge geschlossen worden, die die Beteiligung an dem Projekt regeln. Mit den Städten Uetersen und Tornesch sowie der Gemeinde Halstenbek würden zur Zeit vertiefende Gespräche mit gewissen Zwischenergebnissen geführt worden. Auf Anregung von Michael Kissig (CDU) solle aber das Interesse weiterer Kommunen erfragt und diese erneut zur Teilnahme aufgerufen werden.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Ihnen allen wünsche ich zunächst einmal Erfüllung und Zufriedenheit bei ihren politischen Aktivitäten und viel Erfolg im neuen Jahr. Natürlich gehört dazu auch gute Gesundheit, ein Wunsch den Jeder nötig hat, der Eine von uns vielleicht weniger, der Andere aber umso mehr.

Das neue Jahr begann betulich. Im Januar findet kein Kreistag statt. Dennoch möchte unser Pressesprecher die Vorgaben, die er sich selbst gesetzt hat, nicht aufgeben, und so halten Sie auch in diesem Monat einen NewsLetter in den Händen, was ich sehr begrüße.

Zwischen den Feiertagen hatte ich mir ein paar Tage Auszeit genommen. Das wird sicher hilfreich dafür sein, meine wichtigsten Aufgaben, die Fraktion zusammen zu halten, zu motivieren und die Meinungsfindung auch bei schwierigen Entscheidungen zu koordinieren und zu moderieren, mit frischer Kraft anzugehen.

Die CDU-Fraktion wird auch im neuen Jahr ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Grünen und FDP zeigt, dass „Jamaica“ auch im Kreis Pinneberg funktionieren kann.

Die SPD dagegen wird immer nervöser. Um sich Vorteile bei ihrer Klientel zu verschaffen, sind deren Abgeordnete, genau wie die der AfD, immer wieder bereit, die Haushaltssystematik zu durchbrechen. Letztlich haben wir aber sehr bewusst und aus guten Gründen einst Doppelhaushalte eingeführt. Es macht wenig Sinn, zwischen den Haushaltsberatungen immer wieder neue ausgabenrächtige Projekte aus dem Hut zu zaubern. Ich denke, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler weiß sehr wohl Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und finanzielle Solidität zu schätzen.

Mit besten Grüßen, Ihre

Heike Beukelmann,
Fraktionsvorsitzende

Gäste in der Fraktion

Förderverein Himmelmoor e.V.

In der ersten Fraktionssitzung des Jahres hielt Klaus-H. Hensel, 1. Stadtrat der Stadt Quickborn und 1. Vorsitzender des Fördervereins Himmelmoor e.V. einen Vortrag über das Himmelmoor in Quickborn. Man merkte ihm deutlich an, wie schwer es ihm fiel, „aus Zeitgründen Aussagen zur Landschaft und zu den Schönheiten der Natur wegzulassen“. Das Himmelmoor erstreckte sich über 605 ha, die bisherige Abbaufäche mache 106 ha aus. Mit der Bilsbekniederung und dem Kummerfelder Gehege gebe es über 900 ha Naturfläche. Der Stadtpark in Hamburg sei gerade einmal 100 ha groß. Herr Hensel skizzierte Wissenswertes über den Moor- und Lernpfad. Seit seiner Einweihung 2017 seien 2.500 Stunden ehrenamtlicher Arbeit erbracht worden. Er berichtet über die Torfbahn, die



denkmalgeschützten Häuser am Himmelmoor, den Medienraum des Instituts für Bodenkunde der Universität Hamburg, das hier Forschungsaktivitäten betreibe sowie das Henry-Goldstein-Haus, ehemaliges Gebäude für jüdische Gefangene, das als Gedenkstätte anerkannt sei. Er erläuterte Möglichkeiten für ein Betreiberkonzept für die denkmalgeschützten Gebäude. Es müsse ehrenamtlich ausgerichtet sein, es werde aber als Dach ein Träger benötigt. Dieser finanziere sich aus Zuschüssen Dritter und Eigenmitteln. Die größten Probleme seien Sanierungs-

kosten in Höhe von 600 TE, die Lösung des Trinkwasserproblems sowie eventuelle Reparaturmaßnahmen. Die Stadt Quickborn sei Eigentümerin der Gebäude. Eigentümer des Moores seien die Landesforsten, die Flächen seien aber dauerhaft an die Stiftung Natur übertragen worden, weil diese die Moore bekannter Weise ausgezeichnet betreuen würden. Das Land Schleswig-Holstein wolle nicht die Trägerschaft übernehmen, habe aber diverse Zuschüsse zugesagt. Darüber hinaus gebe es eine Förderzusage durch die Metropolregion Hamburg. Z.Zt. erfolge eine Prüfung durch das Rechtsamt des Kreises, welche Rechtsform für die Trägerschaft die sinnvollste sei. Herrn Hensels Fazit lautet: Der Kreis Pinneberg verfügt über ein Naturdenkmal, das ihm sehr wichtig sein sollte. Zahlreiche Fragen wurden von Herrn Hensel sachlich und umfassend beantwortet, und um 19.50 Uhr verabschiedete die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann Herrn Hensel. Die CDU-Fraktion wird sich Gedanken über ein Gesamtkonzept machen.

Citizens-Forests e.V.

Eine Woche später hielt Pascal Girardot einen Vortrag über Citizens-Forests-Projekte und die „Miyawaki-Methode“, nach der der Verein regionale Flächen bepflanzen möchte. Diese effiziente Methode folge der Idee, den Boden erst vorzubereiten und dann durch eine erhöhte Dichte einheimischer Bäume einen natürlichen „Urwald“ entstehen zu lassen. Wälder seien die natürlichsten und besten Kohlendioxid-Speicher, die es auf der Erde gebe. Zusätzlich würden sie Staub filtern und vielen Tierarten ein Zuhause bieten. Citizens-Forests beabsichtige, ein bundesweites Netzwerk von lokalen Aufforstungsprojekten zu etablieren. Aufforstung solle als normale Aktivität in das gesellschaftliche Leben integriert werden. Nach dem Vortrag stand auch Herr Girardot für eine Vielzahl an Fragen zur Verfügung.

Am 29.1. war der Landtagsabgeordnete Peter Lehnert zu Gast in der Fraktion und berichtete aus dem Landtag.



Eine Änderung im KiTa-Gesetz sei die Deckelung der Elternbeiträge, die sich in SH zwischen 120,- und 680–700 Euro bewegten. Dies habe in der Beteiligung der Träger und der unterschiedlichen Standards ihren Ursprung. Für den Kreis Pinneberg sei es wichtig, dass die Sozialstaffel einheitlich geregelt werde. Insgesamt werde das System teurer durch das Absenken der Elternanteile sowie den veränderten Personalschlüssel von 1,5 auf 2,0 Stellen. Das Land gebe 1 Mrd. Euro in das System, was aber nicht zwangsläufig zur Entlastung der Kommunen führe. Unter der Vorgängerregierung habe das Land nur 13 – 15 % bezahlt, jetzt wären es 38 %. Die Kommunen hätten zuvor im Landesdurchschnitt 46 % zahlen müssen, künftig nur noch 39 %, aber die Kosten für die Kommunen würden dennoch steigen, weil die Elternbeiträge auf 23 % sinken. Peter Lehnert macht deutlich, dass der Bund zu wenig Geld dazu gebe. Das „Gute KiTa-Gesetz“ sei ein Witz.

Beim letzten FAG, das teilweise erfolgreich beklagt worden sei, hätten die kreisfreien Städte mehr und die Flächenkreise weniger bekommen. Beim neuen FAG sei der Sozialfaktor nicht mehr der entscheidende. Vielmehr werde der Flächenfaktor und der Kinderfaktor höher bewertet. Dadurch gingen den kreisfreien Städten Mittel verloren, der Kreis Pinneberg werde beim Flächenfaktor schlechter abschneiden und beim Kinderfaktor überproportional profitieren, was wahrscheinlich zu einer Plusminus-Null-Situation führen werde. Im Kreis wiederum werden die Flächenkommunen profitieren, was zum Ausgleich der Mehrkosten bei der Kinderbetreuung existenziell sei.

Im Profil:

Hiltraud Ritter



wurde 1946 in Hamburg geboren und ist dort auch aufgewachsen. Nach der Schulzeit absolvierte sie eine Ausbildung bei der Hamburger Sparkasse, der sie insgesamt 39 Jahre lang die Treue hielt. Seit Ende der 80er Jahre ist sie Mitglied der CDU.

Ihre kommunalpolitische Karriere begann sie 1998 als Gemeindevertreterin in Halstenbek. 2003 wurde sie erstmals in den Kreistag gewählt, dem sie nun seit fast 17 Jahren angehört. Im gleichen Jahr wurde sie bereits in den Fraktionsvorstand gewählt. Als politischen Schwerpunkt hatte sie von Beginn an die Finanzen auserkoren. Z.Zt. ist sie auch im Finanzausschuss tätig. Zuvor war sie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr sowie ca. 10 Jahre lang fachpolitische Sprecherin im Umweltausschuss.

Darüber hinaus engagiert sich Hiltraud Ritter im Landesvorstand der CDA, seit 6 Jahren als Schatzmeisterin, im CDA-Bundesvorstand, war Kreisvorsitzende der Frauen-Union, im Kreisvorstand der KPV und stellvertretende Ortsvorsitzende der CDU Halstenbek. Von sich selber sagt „Hillu“, sie sei so neugierig, dass sie einfach kein Amt habe auslassen können. Der ehemalige CDU-Kreisvorsitzende Dr. Ole Schröder habe sich einmal beschwert, dass Männer Frauen vorhielten, sie wüssten nicht, was sie in bestimmten Ämtern sollten. „Ich selber habe es auch oft nicht gewusst, aber ich war stets neugierig und habe es einfach gemacht“, sagt sie mit entwaffnender Offenheit und einem Augenzwinkern.

In ihrer freien Zeit spielt sie Karten, besucht gern die Oper und möchte, falls ihre Gesundheit es zulasse, wieder Golf spielen.

Aus dem WRV

Im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr (WRV) berichtete Dr. Paul Raab, Geschäftsführer der IHK Elmshorn über den Sachstand zum Grenzweg aus Sicht der Wirtschaft. 123 Firmen seien in den Gewerbegebieten in Elmshorn ansässig. Um deren Existenz zu sichern und weitere Firmen anwerben zu können, sei der Grenzweg elementar. Als Projektleiter stellte sich Herr Salz von der egeb vor und erläuterte, dass der Kauf und Tausch von Grundstücken sowie die EU-weite Ausschreibung des Planungsbüros vorbereitet seien. Mitte des Jahres solle das Büro für die Planung stehen. Die erforderlichen Kostenermittlungen könnten in die Beratungen zum Doppelhaushalt 21/22 einfließen. Der Kreis Steinburg habe für 2020 ca. 700.000 Euro und bis 2023 pro Jahr ca. 650.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Baubeginn solle 2023 sein, im besten Falle solle die



Torsten Hauwetter

Maßnahme im Frühjahr 2025 abgeschlossen sein. Der fachpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Torsten Hauwetter machte deutlich, dass die CDU nach wie vor hinter dem Projekt stehe.

Zum Antrag der AfD-Fraktion „Förderung der Errichtung eines Zentrums für Wasserstofftechnologie“ wurde sachlich, fundiert und stichhaltig diskutiert. Der Antrag wurde jedoch mit breiter Mehrheit abgelehnt – allerdings gegen die Stimmen von AfD und wieder einmal KWGP. Diese hat inzwischen durch den Austritt des Abgeordneten Urban ihren Fraktionsstatus verloren.

Der Förderverein Arboretum Ellerhoop wird einen neuen Vertrag erhalten. Im Ausschuss wurde der Vertragsentwurf einstimmig angenommen, obwohl der Fraktionsvorsitzende der AfD deutlich machte, dass er dagegen sei. Seine Fraktion habe ihn jedoch überstimmt und deshalb müsse er so abstimmen, erklärte er. Die SPD hatte angeregt, den Vertrag statt auf 5 Jahre nur auf 3 Jahre zu befristen oder sogar einen Passus einzuarbeiten, dass der Vertrag ende, sobald Prof. Warda nicht mehr Vorsitzender des Fördervereins sei. Diese Gedankenspiele seien von allen anderen Fraktionen aber verworfen worden.

TERMINE

Montag, 03.02.2020, 19.30 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Dienstag, 04.02.2020, 18.30 Uhr:
Sitzung Finanzausschusses – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 05.02.2020, 16.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 05.02.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion – Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 06.02.2020, 18.00 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren – Elmshorn, Kreishaus

Montag, 10.02.2020, 19.30 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Dienstag, 11.02.2020, 18.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 12.02.2020, 18.00 Uhr:
Sitzung des Kreistages – Pinneberg, Ratssitzungssaal

Dienstag, 13.02.2020, 18.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport – Pinneberg, Berufliche Schule

Donnerstag, 20.02.2020, 18.00 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses Elmshorn, Kreishaus

Montag, 24.02.2020, 19.30 Uhr:
Geschäftsführender CDU-Fraktionsvorstand – Pinneberg, KGS

Mittwoch, 26.02.2020, 16.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses – Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 26.02.2020, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion – Elmshorn, Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag
Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann
Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de
www.cdu-kreistag-pinneberg.de